

Tagesordnung I Punkt 17 der öffentlichen Sitzung am 20. September 2007

Antrags-Nr. 07-F-25-0099

Zukunft der stationären Altenpflege in Wiesbaden

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 12.09.2007 -

Vorbemerkung:

„Alt sein“ bzw. „Alt werden“ gewinnt durch den demografischen Wandel auch in Wiesbaden eine größere Bedeutung. Die Infrastruktur in Wiesbaden ist daher zukünftig stärker dem wachsenden Bevölkerungsanteil älterer Menschen anzupassen. Umfragen belegen, dass selbstständiges Leben in den eigenen vier Wänden, auch bei Pflegebedürftigkeit, von immer mehr älteren Menschen gewünscht wird. Durch den Ausbau von vernetzten, wohnortnahen und ambulanten Pflege- und Hilfsdiensten kann diesen Wünschen Rechnung getragen werden.

Neben der Stabilisierung und dem Ausbau ambulanter Angebote wird weiterhin - insbesondere für hochbetagte und kranke ältere Menschen - ein qualitativ hochwertiges und bedarfsgerechtes Angebot an stationären Wohn- und Pflegeangeboten notwendig sein. Ansprüche und Anforderungen an Angebote der stationären Altenpflege haben sich jedoch in den letzten Jahren sehr verändert. Kommunale Altenhilfepolitik muss sich diesen Veränderungen stellen.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert in Zusammenarbeit mit den gemeinnützigen Trägern in der ambulanten und stationären Altenhilfe eine mit den Trägern abgestimmte neue Gesamtkonzeption für Wiesbaden vorzulegen. In die Beratungen sind der Seniorenbeirat, der AK der Behindertenorganisationen und die im Sozialausschuss vertretenen Fraktionen einzubeziehen. Ein erstes Zwischenergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im Frühjahr 2008 vorzulegen.

Beschluss Nr. 0449

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 12.09.2007 betr.

Zukunft der stationären Altenpflege in Wiesbaden

wir einschließlich des Änderungsantrages der SPD-Stadtverordnetenfraktion zur Beratung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15.11.2007 vorgesehen.

Seite 2 des Beschlusses 0449 vom 20. September 2007

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2007

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .10.2007

Dezernat VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister